Abrechnung mit dem Sozialimperialismus

Die Rede des Genossen Hecker in der Reichstagssitzung vom 15. November

Von der Tribüne dieses Hauses hat in vergangenen Zeiten der **ehemalige** Führer der Sozialdemokratischen Partei, **August Bebel** das Wort gesprochen: „Diesem System **keinen Mann** und keinen Groschen!" Wenn heute Wels der **Chef der Partei**, die sich immer noch Sozialdemokratie nennt, **hier spricht**, so in seinen Bemerkungen gegen den Panzerkreuzer **keine Bedeutung** beizumessen, denn jeder ernste Politiker weiß, **daß Herr Wels** nur einen Wahltrick vom Mai d. J. hier **fortzusetzen** versucht.

Die Bedeutung des Panzerkreuzerbaues

Hier muß die Frage aufgeworfen werden, warum die **Panzerkreuzer**frage jetzt mit solcher Schärfe steht. Die **Sozialdemokraten** sagen, es geht ja nur um ein Spielzeug, denn der **Panzerkreuzer** taugt nichts, was soll man mit diesem Ding **machen; außerdem** ist es ja nur einer, und es dauert lange, bis **er fertig wird**. Herr Groener, der Reichswehrminister, den die **Sozialdemokraten** auf diesen Plan gebracht haben, und den sie **uns als den** Demokraten und den Friedensengel gepriesen haben, **macht aus** diesem „Spielzeug" eine Kabinettsfrage.

Wenn Herr Groener den Panzerkreuzer fordert, dann weiß **er, was er** will, dann weiß er, daß der Panzerkreuzer einen **Wert hat** und nicht nur ein Kasten ist, in den man 32 Millionen **hineinwirft**, damit er dann auf der Ostsee herumfährt. Wir sind **der Ueberzeugung**, daß Herr Müller für den Panzerkreuzer stehen **wird, wenn** die deutsche Bourgeoisie diese Frage wirklich zu einer **Kabinetts**frage macht. Der Bourgeoisie kommt es jetzt darauf **an, die** Sozialdemokratie noch fester an die Politik des neuen **deutschen** Imperialismus zu binden.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, warum jetzt dieser **Panzerkreuzer** eine solche Rolle spielt, so kann man dies **nicht nur vom Standpunkt Deutschlands** allein beurteilen, sondern **man** muß sich vergegenwärtigen, was heute in der ganzen Welt **vorgeht**. Und da sehen wir, daß der Kampf um eine Neuver**teilung** der Welt organisiert wird, und man sieht ferner, daß die **deutsche** Bourgeoisie in diesem Kampf dabei sein möchte. Ich **führe** nun einige Tatsachen an: da ist erstens das große amerika**nische** Flottenrüstungsprogramm, das die Amerikaner mit einem **sogenannten** Kriegsächtungspakt verhüllen. Zur selben Zeit, **wo** der Kelloggpakt geboren wurde, entstand das englisch-**französische Militärbündnis**, zur selben Zeit reiste **Pilsudski** nach **Rumänien**, um dort im Auftrag der westlichen Imperialisten **die** Kriegsfront zu schmieden. Wir sehen weiter, wie Italien **für** eine große Reihe europäischer Staaten Waffen in Mengen **fabriziert** und geliefert werden.

Die militärische Kriegsgruppierung der Welt hat begonnen. Auf der einen Seite England, Frankreich, und auch Deutschland soll für diesen Pakt gewonnen werden, auf der anderen Seite Amerika. Das ist die imperialistische Front mit ihren zwei Lagern. Dazu aber die **gemeinsame Front** aller Imperialisten **gegen die Sowjetunion**.

Die Arbeiterklasse setzt sich zur Wehr. Wir sehen gegenwärtig in der Welt

eine große Offensive der Arbeiter

Sie kämpfen gegen die Herabsetzung der Löhne, gegen die maßlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, für eine Verkürzung der Arbeitszeit; in dem Augenblick aber, wo die Arbeiterschaft sich erhebt, um um bessere Existenzbedingungen zu kämpfen, greifen die Kapitalisten in allen Ländern an, **werfen Hunderttausende von Proletariern auf die Straße**. Zu welchem Zweck? Um die Löhne zu senken, um die Arbeitskraft **noch stärker** auszuplündern, um die Organisationen der Arbeiter zu zerstören, um die Arbeiter **wehrlos zu machen**, damit das Proletariat unfähig wird, sich dem imperialistischen Kommando der kapitalistischen Mächte entgegenzustemmen.

Die Sozialdemokraten tun alles, um die Ursachen, die zu neuen imperialistischen Abenteuern führen, zu verdunkeln. Sie reden von Plakaten von „Wirtschaftsdemokratie", vom Schlichtungswesen, das den Gegensatz zwischen **Kapital** und **Arbeit** aufhebt, vom Industriefrieden zum Schutz der nationalen Wirtschaft. Die Sozialdemokratie ist der beste Bundesgenosse, der Wegbereiter der Bourgeoisie zur Verdummung und Wehrlosmachung der Arbeiter. In der **Hetze gegen die Sowjetunion** steht sie an der Spitze.

Die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie

Die deutsche Bourgeoisie reiht **sich bewußt** ein in die Kriegsfront. Das beweisen hunderte Tatsachen. General Seeckt hat in seinem Buch geschrieben, daß die deutsche Reichswehr sich durch Auffüllen aus den Wehrverbänden (Stahlhelm und Reichsbanner) schnell in eine Millionenarmee verwandeln kann. Der Bau des Panzerkreuzers ist auch eine solche Tatsache. Man braucht ihn, um die Offiziere und Mannschaften für eine große Flotte auszubilden. Der beabsichtigte **Ankauf der Schichau-Werft**, auf der heimlich Kriegsmaterial produziert wird, liegt in derselben Linie. Der ständig wachsende Etat der Reichswehr und Polizei, die **Zuchthausjustiz** gegen Kommunisten, die den Reichswehrsoldaten und den **Polizeibeamten** die Ausnutzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte empfehlen, der Schrei des Stahlhelms, die Immunität der Abgeordneten aufzuheben (die Landesverrat begehen, wenn sie geheime Rüstungen aufdecken) — alles **Beweise für die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie**. Die Frage ist nicht zu stellen: Was kann ein deutscher Panzerkreuzer machen gegen die Panzerkreuzer der andern Mächte, sondern: **Was kann der deutsche Panzerkreuzer im Verein mit den englischen und französischen Panzerkreuzern gegen die Sowjetunion machen?**

Der Betrug der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten haben 9 Millionen Stimmen bekommen mit ihrer Parole: **gegen Panzerkreuzer, für Kinderspeisung**. Herr Breitscheid hat aber in seinem Artikel verraten, daß die Sozialdemokratie beim Eintritt in die Koalitionsregierung wußte, daß sie für den Panzerkreuzer stimmen muß, wenn sie eine Regierungspartei werden will. **Alle Handlungen der Sozialdemokraten beweisen, daß sie den Bau des Panzerkreuzers nicht verhindern wollen.** Im Juli stimmten die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag: Verhinderung des Baues des Panzerkreuzers. An dem Tage, an dem der Brüsseler Sozialistenkongreß eine **Friedensresolution** annahm, stimmten **die vier sozialdemokratischen Minister für den Panzerkreuzer**. Sie setzen sich **gegen das kommunistische Volksbegehren** gegen den Panzerkreuzerbau ein, feierten diesen Hilfsdienst für die Bourgeoisie als einen großen Sieg.

Auf dem **Hamburger Gewerkschaftskongreß** schufen sie die theoretischen Grundlagen für die praktische Durchführung der Unternehmerpolitik. Herr **Wissell** erklärte, daß er mit Curtius Tuchfühlung halte und nur solche **Schiedssprüche** für verbindlich erkläre, die der deutschen Bourgeoisie die Verteidigung ihrer Interessen auf dem Weltmarkt ermögliche. Der **Streikbruch im Hamburger Hafen und der Verrat an den München-Gladbacher Textilarbeitern und an den ausgesperrten Hüttenarbeitern wurden gemacht, um die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der imperialistischen Bourgeoisie aufrechtzuerhalten.**

Die Sozialdemokratie ist eine **imperialistische Partei**. Die Lage ist aber so zugespitzt, daß die deutsche Bourgeoisie den Sozialdemokraten nicht mehr das Spiel mit verdeckten Karten gestatten kann. Sie will, daß Hermann Müller eine ebenso **offene Kriegspolitik mitmacht**, wie der Sozialdemokrat **Paul Boncour in Frankreich**.

Krieg gegen die Sowjetunion

Die Demagogie der Sozialdemokraten, indem sie Vergleiche zwischen **dem bewaffneten Deutschland und der bewaffneten Sowjetunion ziehen, ist für jeden klassenbewußten Arbeiter durchsichtig**. Das **Friedensangebot Litwinows** in Genf wurde von der Sozialdemokratie genau so wie von der Bourgeoisie verhöhnt und verspottet. Und die Beispiele zeigen uns, daß man den proletarischen Staat militärisch erdrosseln würde, wenn er keine Waffen zu seiner Verteidigung hätte. Die Sozialdemokratie hetzt gegen die Sowjetunion, sie schürt die Kriegsrüstungen gegen den einzigen Arbeiterstaat. Darum muß sich die Sowjetmacht bewaffnen, um nicht ihren Feinden zu unterliegen. **Der Unterschied** zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Mächten besteht darin, daß in Rußland die Arbeiter die Herren **sind und bewaffnet** sind zur Verteidigung ihrer Macht und ihres **Landes**, während in den kapitalistischen Staaten mit Hilfe der Sozialdemokraten das Proletariat entwaffnet und die Bourgeoisie bewaffnet wurde. Am Erfurter Programm wurde die Miliz gefordert, d. h. die Bewaffnung der werktätigen Massen, unter Noske wurden aber die Proletarier erschlagen und die **kaiserlichen** Generale bewaffnet. „Alle Macht den Generalen!" war die Losung der Sozialdemokratie.

Wie die Sozialdemokraten Rußland verteidigen, das hat Herr Scheidemann bewiesen, als er am 18. November 1918, um **die diplomatischen** Beziehungen mit Sowjetrußland abzubrechen, **Spartakus-Flugblätter** in den Koffer des russischen Kuriers **schmuggelte**.

Von dieser Regierung zu fordern, sie solle keinen Panzerkreuzer bauen, oder von der Sozialdemokratie zu erwarten, daß sie gegen den Panzerkreuzer einen Kampf führt, wäre ein Verrat an den Arbeitern. Frieden, Freiheit und Brot holt sich das Proletariat nur im revolutionären Kampf. In dieser Republik **gibt es keinen** Frieden, keine Freiheit und kein Brot. Hier werden diese Dinge, um mit Karl Marx zu reden, ebenso ersetzt wie in der französischen **Republik von 1848, durch Infanterie**, Kavallerie, Artillerie.

Der pazifistische Friedensschwindel muß **entlarvt werden**. In den Betrieben müssen die Arbeiter

Komitees zur praktischen Bekämpfung der Kriegsgefahr

bilden, indem sie die geheime **Rüstungsproduktion aufdecken**. Aus den Gewerkschaften müssen die **Amsterdamer Führer vertrieben** werden, die **die Gewerkschaften zu Bollwerken für einen** neuen Krieg ausbauen.

Wir rufen das Proletariat auf:

Kampf gegen die **Diktatur der Truste, für die Proletarierdiktatur!**

Nieder mit dieser Koalitionsregierung und nieder mit diesen sozialdemokratischen Führern, die die Zutreiber der deutschen Bourgeoisie für einen neuen Krieg sind!

Erst dann wird in Deutschland der Rüstungsspuk aufhören, wenn in den Betrieben wieder der Ruf erschallt: Proletarier, zu den Waffen! Alle Macht den Räten!

*

Zu Beginn der gestrigen Sitzung beantragte Genosse Stoecker, daß die Denkschrift des Reichswehrministeriums, in dem die Begründung über die Vorausnahme weiterer Mittel für den Bau des Panzerkreuzers enthalten ist, sofort dem Reichstag vorgelegt wird. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Gegen Aushöhlung der Länder und Gemeinden

Ein kommunistischer Antrag im Sächsischen Landtag

Nach Mitteilungen der Reichsregierung ist die Verabschiedung des endgültigen Gesetzes des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden während der gegenwärtigen Reichstagssession geplant. Die augenblicklich geltende provisorische Regelung des Finanzausgleichs führt zur finanziellen Aushöhlung der Länder und Gemeinden. Die Verminderung wichtiger sozialer, kultureller und fürsorgerischer Aufgaben durch Staat und Gemeinden im Interesse der arbeitenden Klasse wird infolge der Finanzwirtschaft der Koalitionsregierungen im Reich immer mehr eingeengt. Die endgültige Regelung des Finanzausgleichs muß deshalb im Sinne der finanziellen Stärkung der Selbstverwaltungskörper erfolgen.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu **beauftragen**, bei der Reichsregierung folgende Gesichtspunkte bei der Neuregelung des Finanzausgleichs zu vertreten:

1. **der Anteil** der Länder und Gemeinden an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer ist von 75 auf 90 Prozent **heraufzusetzen**. Die Steuerübernahme um 15 Prozent ist **im vollen Umfange** den Gemeinden zuzuführen;
2. Beseitigung der Umsatzsteuerüberweisung und der Umsatzsteuergarantie des Reiches und Einführung einer Besitz**steuergarantie**;
3. selbständige Steuerzuschläge der Länder und Gemeinden sowie die noch bestehenden Gemeindezuschläge zu den Realsteuern aufzuheben; ausgeschlossen ist zu verhindern, daß durch das Gemeindezuschlagsrecht eine Lohnsteuerpflicht **und sogar** unter der Steuerbefreiungsgrenze verdienende **und deshalb** lohnsteuerfreie Arbeiter zur Einkommensteuer **herangezogen** werden;
4. **der Finanzausgleich** ist in seinen Grundzügen so zu gestalten, **daß für** die besonderen sozialen und kulturellen Aufgaben der Länder und Gemeinden im Interesse der **arbeitenden** Bevölkerung ausreichende Mittel zur Ver**fügung stehen**.

Die Kommunisten zum Finanzausgleich

Antrag der KPD.-Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Finanzpolitik der Koalitionsregierung im Reiche und der Bürgerblockregierung in Sachsen führt zu immer stärkerem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch der Gemeinden. Der Bankrott einzelner sächsischer Gemeinden signalisiert die katastrophale Lage der Gemeinden. Neben anderen politischen und wirtschaftlichen Ursachen trägt auch der Finanzausgleich vom 15. Februar 1926 an dem finanziellen Zusammenbruch vieler Gemeinden Schuld, insbesondere die Arbeiterwohnsitzgemeinden werden durch den Landesfinanzausgleich in ungerechtester Weise benachteiligt. Nach dem gegenwärtig geltenden, im Landesfinanzausgleichsgesetz niedergelegten Verteilungsschlüssel besteht bezüglich des Kopfanteils der Bevölkerung an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden Sachsens eine gewaltige Differenz. Diese verschiedenartige Beteiligung der Gemeinden an der Verteilung des Einkommen- und Körperschaftssteueraufkommens führt zwangsweise zur Notlage der Arbeiterwohnsitzgemeinden. Hierzu kommt noch die ungeheure Belastung der Gemeinden durch die gegenwärtige Regelung der Wegebaulasten.

Der Landtag **wolle deshalb beschließen, die Regierung zu** beauftragen,

eine Aenderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Bezirksverbänden (Landesfinanzausgleichsgesetz) vom 15. Februar 1926 im Sinne einer den tatsächlichen finanziellen und sozialen Lasten der Gemeinden, insbesondere den Wegebaulasten, entsprechenden Form herbeizuführen.

*

Reaktionäre Konzentration

Die Mittwochsitzung des Rechtsausschusses zeigte die verschärfte reaktionäre Stellung der sächsischen Koalition. Anträge über die Wohnungszwangswirtschaft wurden durch einheitliche Beschlüsse abgesetzt.

Bei der Beratung eines Antrages der Kommunisten über die

Erhöhung der Grenze des steuerfreien Einkommens

erklärte der Demokrat Dr. Dehne, daß die Koalitionsparteien auf solche Anträge, die er als Agitationsantrag bezeichnete, in Zukunft sachlich nicht mehr eingehen werden. Das heißt also, die sächsischen Koalitionsparteien wollen zu solchen Anträgen, die Forderungen für die Arbeiter erheben, überhaupt nicht mehr Stellung nehmen. Bezeichnend ist dabei, daß der Demokrat die reaktionäre Erklärung für den sächsischen Regierungsblock abgab.

Die Arbeiter mögen sich diese Erklärung besonders merken.

Die Kommunisten wird das natürlich nicht abhalten, ihre, die Arbeiterinteressen vertretenden Anträge auch weiter zu erheben.

Schlimmste Reaktion und Rückständigkeit zeigte sich auch bei der Behandlung eines Antrages über die Aufhebung eines reaktionären Beschlusses des Aerzte-Bezirksvereins Chemnitz über die Beschränkung der Abtreibung. Von Bethke bis zu dem Deutschnationalen Dr. Kretschmer wenden sich alle Vertreter des Bürgerblocks gegen eine Aufhebungsverordnung und verteidigen in reaktionärster Weise die Verschärfung der Bestimmung der Aerzte gegen die Durchführung der Aborte. Die soziale Frage wird von dieser Bürgerblockgesellschaft nicht anerkannt. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag über die Vereinheitlichung des Bauarbeiterschutzes in Sachsen. Die Regierung erklärt dazu, daß eine Reichsregelung vorgesehen sei.

Weitere 40000 Arbeiter auf die Straße!

Die Aussperrung in der Hagen-Schwelmer Eisenindustrie

Das Unternehmertum führt seinen Aussperrungsfeldzug rücksichtslos durch. Die Lohnverhandlungen in der Hagen-Schwelmer Metallindustrie sind, wie wir gestern schon kurz meldeten, gescheitert. Die Unternehmer wollen keinen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen und haben beschlossen, den Belegschaften zum 30. November zu kündigen. Von diesem Aussperrungsbeschluß werden 40000 Arbeiter der Metallindustrie betroffen.

Die Gewerkschaften hatten äußerst bescheidene Forderungen gestellt, der Spitzenlohn sollte auf nur 84 Pfennig erhöht werden. Jeder Arbeiter kann daran ermessen, in welchem Elend diese Metallarbeiter stecken. Wie soll ein Arbeiter mit 84 Pfennig Stundenlohn auskommen, wie sollen erst diejenigen leben, die unter dem Spitzenlohn bleiben? Aber die Unternehmer wollen nicht einmal diesen Hungerlohn zahlen!

Die Unternehmer handeln entsprechend der Taktik der Eisenindustriellen im Ruhrgebiet und sperren aus. Die Scharfmacher sind ungeheuer ermutigt durch die Haltung der Koalitionsregierung, die im Ruhrgebiet die Ausgesperrten aushungert und mit bewaffneten Kräften niederhält. Sie sind weiter ermutigt durch die Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die sich weigern, der rücksichtslosen Taktik der Unternehmer wirksame Kampfmaßnahmen entgegenzusetzen. Ehrliche, klassenbewußte Gewerkschaftsführer würden der Aussperrungsoffensive der Unternehmer durch eine wuchtige Gegenoffensive zu begegnen wissen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer tun nichts, um den Sieg der Arbeiter herbeizuführen, sie wollen nur so rasch als möglich die Niederlage der Arbeiter besiegeln. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hetzen gegen die Sammelaktion der IAH und machen schale Witze darüber, daß die Unternehmer und die Kommunisten beide die Verbreiterung der Kampffront wollen.

Jawohl, die Unternehmer verbreitern die Kampffront. Die Unternehmerverbände liefern den Beweis, daß sie nach einem ausgedachten Plan gegen die Arbeiterschaft vorgehen und dank der verräterischen Haltung der Reformisten können sie ihre Aussperrungsoffensive Schlag auf Schlag planmäßig durchführen.

Seit wann soll es den Arbeitern verboten sein, vom Feinde zu lernen? Auch die proletarische Kampffront muß verbreitert werden, doch in anderer Weise, als es die Unternehmer wollen. Die Unternehmer wollen einen Teil der Arbeiterschaft nach dem anderen durch Hunger niederzwingen. Die proletarische Armee muß mit ihren Gegenvorschlägen die empfindlichsten Stellen des kapitalistischen Systems treffen und darf dabei nicht vor den sogenannten lebenswichtigen Betrieben Halt machen. Zur proletarischen Gegenoffensive gehört die Mobilisierung aller Kräfte und Anwendung aller Hilfsmittel, die zum Sieg der Kämpfenden beitragen können.

Die Hagen-Schwelmer Metallarbeiter sind in der gleichen Lage wie ihre Brüder im Ruhrgebiet. Zurückweichen bedeutet, daß die Unternehmer nur unverschämter werden. Der Kampf muß aufgenommen werden unter Führung der Gewerkschaftsopposition.

Für die gesamte deutsche Arbeiterschaft ist der neue Aussperrungsbeschluß ein neues Alarmsignal. Die Offensive der Unternehmer richtet sich gegen die Lebenshaltung aller Arbeiter. Mit vereinten Kräften muß das Unternehmertum geschlagen werden.

Hungerkrieg gegen Arbeiterkinder

führen Hüttenbarone und Koalitionsregierung.

Auch dein Kind hungert

wenn du von dem Unternehmer auf die Straße geworfen wirst. Nach den Hüttenarbeitern sollen nach dem Kriegsplan der Unternehmer andere Arbeiterschichten drankommen. — Wehre dich! Hilf mit zum Sieg der Hüttenarbeiter! Die Kinder der Ausgesperrten sollen Brot erhalten und aus dem Hungergebiet herausgezogen werden. Das erfordert Mittel.

Zeichne auf die Sammellisten!

SLUB
Wir führen Wissen.